

FRIEDEN ZWISCHEN ISRAEL UND PALÄSTINA

- Deutschland sollte sich seiner historischen Mitverantwortung gegenüber dem palästinensischen Volk bewusst werden, und zwar aus Sorge um die Zukunft Israels. Diese ist allein dann gesichert, wenn beide dort lebenden Völker gemeinsam eine Zukunft haben – mit gleichen Rechten.
- Die deutsche Politik muss ihre Komplizenschaft mit Israels Völkerrechtsverbrechen umgehend beenden und jede weitere Kooperation mit Israel an dessen Einhaltung des Völkerrechts koppeln.
- Dazu gehört auch die Aufgabe der Blockadehaltung der Bundesrepublik Deutschland gegen das gemeinsame europäische Vorgehen einer Teilaussetzung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel, solange Israel seine völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllt mit Ausnahme von Forschung und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.
- Zugleich sollte ein Strafverfahren gegen Benjamin Netanjahu, Bezael Smotrich und andere ultraorthodoxe Hardliner in der Regierung Israels vor dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen wegen Völkerrechtsverletzungen durchgeführt werden.*
- Denkbar wäre auch der Einsatz einer internationalen Friedenstruppe im gesamten Kriegsgebiet, um die Sicherheit beider Völker zu gewährleisten, weitere Metzeleien zu verhindern und die endlose Spirale aus Terror und Gegenterror zu beenden.
- Fraglich ist, ob eine Zweistaatenlösung praktikabler und gerechter wäre als eine binationale Einstaatenlösung. Eine binationale Einstaatenlösung war bereits vor der Staatsgründung von führenden Zionisten vorgesehen. Ministerpräsident Menachem Begin ließ 1977 im israelischen Parlament über eine „Republik Haifa“ abstimmen mit nationaler Selbstbestimmung und Autonomie für Juden wie Palästinenser, einer gemeinsamen israelischen Staatsbürgerschaft, Freizügigkeit und gleichen Rechten für alle. Vorausgesetzt wären ein vorheriges Verarbeiten von Holocaust und Nakba sowie ein Verzicht auf gegenseitige Vernichtungsdrohungen. Auch Hannah Arendt hatte die Vision eines binationalen Palästina, einer Föderation, die vielleicht auch andere Staaten des Nahen Ostens umfassen könnte. So schrieb sie im Mai 1948 in einem Artikel in der Zeitschrift Commentary (To Save the Jewish Homeland. In: Commentary. May, 1948, S. 398-406): „Ein föderativer Staat könnte schließlich der natürliche Ausgangspunkt für eine eventuelle spätere größere föderative Struktur im Nahen Osten und im Mittelmeerraum sein. Das eigentliche Ziel der Juden in Palästina ist der Aufbau einer jüdischen Heimstatt. Dieses Ziel darf niemals der Pseudo-Souveränität eines jüdischen Staates geopfert werden.“ Arendt begleitete den Zionismus zunehmend kritisch, betonte jedoch auch, dass Israel als Rückzugsort und wegen des unausrottbaren Antisemitismus notwendig sei (Hannah Arendt, Mary McCarthy: Im Vertrauen. Briefwechsel 1949–1975. München 1997, S. 365 f., Brief vom Oktober 1969).

Die Leitlinie für alle Friedensbemühungen sollten zwei Überlegungen sein:

1) Krieg ist eine tödliche Krankheit im gesellschaftlichen Organismus. Um zu Frieden bzw. sozialer Gesundheit zu gelangen, müssen alle möglichen militärischen bzw. medizinischen und alle möglichen politischen bzw. physio- und psychologischen Maßnahmen ergriffen werden. Hier endet diese Analogie zwischen Krieg und Krankheit, denn anders als bei der Behandlung einer Krankheit kommt Frieden erst dann zustande, wenn keine der feindlichen Parteien mehr daran glaubt, den Krieg gewinnen zu können. Im Unterschied zur Behandlung einer Krankheit hat im Falle eines Kriegs jede Seite eine Art „Vetorecht“ gegenüber dem Ende des Kriegs und dem Beginn des Friedens, weil sie, wann immer es ihr in den Sinn kommt, damit weitermachen kann, dem Gegner zu schaden, seine Häuser zu zerstören und seine Bürger umzubringen. Genau das gilt es zu verhindern, indem man eine Welt ohne Waffen schafft. Um Frieden und eine Welt ohne Waffen zu schaffen, muss es eine Initiative der deutschen Bundesregierung zu weltweiter Abrüstung, Rüstungskontrolle und einer globalen Sicherheitsarchitektur geben. Sie muss die Kosten von Waffen im Verhältnis zum Nutzen friedlicher Konfliktlösungen transparent machen, um globale Abrüstung, die Beendigung übermäßiger Waffenproduktion und die Stärkung ziviler Sicherheitsvereinbarungen zur Prävention von Konflikten zu fördern. Die deutsche Außenpolitik muss auf globale Zusammenarbeit setzen sowie auf die Einhaltung von Völkerrecht und UN-/OSZE-basierten Mechanismen, auf die Vermeidung von Spannungen durch De-Eskalation und auf Entwicklungshilfe in Ländern, in denen Ungleichheit und Instabilität Konflikte begünstigen. Zudem bedarf es weltweiter umfassender Abrüstung sowie der sozial ausgewogenen Transformation der Rüstungsindustrie und der Unterstützung transparenten Rüstungsrecyclings.

2) Kriege sind unnötig und sinnlos, weil Menschen sprach-, denk- und moralbegabt sind. Wir können Konflikte verbal, vernünftig und wertebewusst lösen. Leider ist die bisherige Entwicklung eine Geschichte von Kriegen und Kämpfen. Der Psychoanalytiker Sigmund Freud führte 1932 und 1933 aus Wien einen Briefwechsel mit dem Physiker Albert Einstein in Zürich, in dem die damals wieder in der Luft liegende Frage behandelt wurde: „Warum Krieg?“. Freud gelangte zur Einsicht, dass Krieg als Folge gesellschaftlicher Spannungen und menschlicher Triebe verstanden werden muss. Freud argumentierte, dass Kriege nicht nur politische oder wirtschaftliche Ursachen haben, sondern auch tiefere psychologische Mechanismen, darunter Aggressionen, Tyrannen- und Autoritätshunger, Nationalismus und das Beziehen kollektiver Aggressionen auf „die Anderen“. Er betonte die Rolle kultureller Beschränkungen, Repressionen und sozialer Missstände, die die Kriegsgefahr erhöhen. Insgesamt plädierte Freud für mehr Zivilisation – Bildung, Kultur und Vernunft –, um Konflikte friedlich zu lösen. Die menschliche Triebnatur ist zwar kein Schicksal, doch sie lässt sich auch in zivilisierten Ländern emotional mobilisieren und ideologisch instrumentalisieren. Trotz Humanismus und Aufklärung ist ein Rückfall in die Barbarei jederzeit möglich.

* Die offizielle Politik Israels und insbesondere des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu besteht in der Selbstverteidigung gegen die existenzbedrohenden Angriffe der Terrororganisationen Hamas und Hisbollah sowie der Islamischen Republik Iran unter Ajatollah Ruhollah Chomeini. Diese Politik führt derzeit zu grausamen

Kriegsverbrechen. Das heimliche Regierungsprogramm der orthodoxen Führung Israels steht in den Büchern „Moses“, das auf einen Völkermord (Genozid) hinausläuft.

Da sich seit rund 3500 Jahren weder die Ideologie noch die Strategie der Juden geändert hat, könnte es möglicherweise weitere Jahrhunderte dauern, bis sich deren kollektives Bewusstsein wandelt. Dazu bedarf es wahrscheinlich nicht allein einzelner Personen, sondern einer höheren Macht, die die Juden zwingt, ihr Vorgehen zu überdenken.

1) Austreibung der Kanaaniter: „Ich will Hornissen vor dir hersenden, die vor dir ausjagen die Heviter, Kanaaniter und Hethiter. Ich will sie nicht auf ein Jahr ausstoßen vor dir, auf dass nicht das Land wüst werde und sich die wilden Tiere wieder vermehren; einzeln nacheinander will ich sie vor dir ausstoßen, bis du wächsest und das Land besitzest.“ 2. Moses 23, 28-30 „Denn ich will dir in die Hand geben die Einwohner des Landes Kanaan, dass du sie sollst ausstoßen vor dir her. Du sollst mit ihnen oder ihren Göttern keinen Bund machen; sondern lass sie nicht wohnen in deinem Land.“ 2. Moses 23, 31-33 „Wenn dich der HERR, dein Gott, ins Land bringt, in das du kommen wirst, es einzunehmen, und er ausrottet viele Völker vor dir her, die Hetiter, Girgaschiter, Amoriter, Kanaaniter, Perisiter, Hiwiter und Jebusiter, sieben Völker, die größer und stärker sind als du, und wenn sie der HERR, dein Gott, vor dir dahingibt, dass du sie schlägst, so sollst du an ihnen den Bann vollstrecken. Du sollst keinen Bund mit ihnen schließen und keine Gnade gegen sie üben und eure Töchter sollt ihr nicht geben ihren Söhnen und ihre Töchter sollt ihr nicht nehmen für eure Söhne. Sondern so sollt ihr mit ihnen tun: Ihre Altäre sollt ihr einreißen, ihre Steinmale zerbrechen, ihre heiligen Pfähle abhauen und ihre Götzenbilder mit Feuer verbrennen.“ 5. Moses 7, 1-3.5

2) Sieg über die Midianiter: „Und sie führten das Heer wider die Midianiter, wie der Herr dem Mose geboten hatte und erwürgen alles was männlich war. Und die Kinder Israel nahmen gefangen die Weiber der Midianiter und ihre Kinder; all ihr Vieh, alle ihre Habe und alle ihre Güter raubten sie.“ 4. Moses 31, 7-9 „Und Moses wurde zornig über die Anführer des Heeres, die Hauptleute über tausend und über hundert, die aus dem Kampf kamen und sprach zu ihnen: Warum habt ihr alle Frauen und Mädchen leben lassen? Siehe, haben nicht diese die Israeliten auf Bileams Rat hin vom Herrn abtrünnig gemacht in der Sache mit Peor, sodass der Gemeinde des Herren eine Plage widerfuhr? So tötet nun alles, was männlich ist unter den Kindern, und alle Frauen, die schon einen Mann erkannt und bei ihm gelegen haben; aber alle Mädchen, die noch nicht bei einem Mann gelegen haben, die lasst für euch leben.“ 4. Moses 31, 14-18 „Und die sonstige Beute, die das Kriegsvolk gemacht hatte, betrug 675.000 Schafe, 72.000 Rinder, 61.000 Esel, an Frauen aber 32.000, die noch nicht bei einem Mann gelegen hatten.“ 4. Moses 31, 32-35

Diese religiösen Texte aus dem Alten Testament liegen dennoch neben der aktuellen Politik – vor allem, weil sie sich auf eine längst vergangene Zeit beziehen. Im Politikbereich lassen sich keine wahren Aussagen treffen. Politik ist ein abgekartetes Spiel. Dort suchen die Menschen den nächsten Spielzug, ohne eine feste Basis von universellen Werten und langfristigen Idealen zu haben. Dass andere Leute unter ihrer Politik zu leiden haben, ist Politikern egal. Die Herrschenden werden immer weniger zimperlich, wenn es um ihre Macht geht. „Weltpolitik wird am Ende nicht vorm Amtsgericht verhandelt“, sagte Sigmar Gabriel (SPD). Anders formuliert: Politik ist kein Ponyhof. Friedrich Merz (CDU) rechtfertigte das militärische Vorgehen Israels gegen Bagdad mit der zynischen Feststellung, Israel mache für uns die Drecksarbeit. Juden, die in Deutschland leben, könnten jedoch nun als Vergeltungsmaßnahme zu demonstrativen Anschlags- und Entführungsopfern islamistischer Terroristen werden.

Wen wundert's? Das Fundament der aktuellen Politik ist auf Wettbewerb und Konkurrenz ausgerichtet, auf Kampf und Sieg. Allein in einer fürsorglichen Kultur könnte es Frieden geben. Das Interesse daran ist jedoch nicht sonderlich groß, denn unsere egoistischen Interessen werden noch lange unser Schicksal bleiben.